

Serbiens Jugend ringt um Demokratie

von Lutz Bauer und Maaja Pauska

Seit Monaten bewegen friedliche, hartnäckige Proteste junger Menschen Serbien. Im Zentrum stehen Forderungen nach Demokratie und einem Ende der Korruption. Die meisten Kirchen halten sich mit öffentlichen Äußerungen zurück.

Massenproteste in Serbien

Das auslösende Moment für die Massenproteste in Serbien war ein Unglück, das sich am 1. November 2024 in Novi Sad ereignete. An diesem Tag stürzte ein Bahnhofsvordach ein und tötete 16 Menschen. Der Begriff Unglück klingt nach einem unvermeidbaren, geradezu schicksalhaften Geschehen – doch das Bahnhofsgebäude war frisch saniert.

Junge Menschen, vor allem Studierende, forderten die Aufklärung des Unglücks. Doch schnell griffen die Proteste weitere Themen auf: eine grundlegende Reform des politischen Systems zur Bekämpfung der Korruption und zur Schaffung von Rechtsstaatlichkeit. Die Studierenden besetzten praktisch alle Universitäten des Landes und riefen immer wieder zu Demonstrationen und Straßenblockaden auf. Ihre Forderungen erhielten breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die Situation eskalierte, als die Studierenden bei einer Schweigeminute für die Opfer angegriffen wurden und sich herausstellte, dass Mitglieder der Regierungspartei beteiligt waren. Weitere Streiks und Angriffe folgten.

Am 28. Januar 2025 trat das serbische Regierungskabinett samt Premierminister zurück. Präsident Aleksandar Vučić erklärte am 13. April 2025 zwar die „farbige Revolution“ für beendet (das Wort steht als Code dafür, dass die Proteste angeblich vom Ausland initiiert sein sollen) und gab die Gründung einer neuen „Bewegung für das Volk und den Staat“ bekannt. Doch die Proteste rissen nicht ab. Demonstranten blockierten tagelang den staatlichen Fernsehsender RTS wegen des Vorwurfs der Propaganda. Am 1. Mai demonstrierten erstmals die fünf größten Gewerkschaften des Landes gemeinsam mit Studierenden gegen die Regierung, wobei eine neue Hauptforderung die vorgezogene Parlamentswahl nach dem Grundsatz wurde: „Nicht Vučić soll gestürzt, sondern das System muss demokratisiert werden“.

Die Orthodoxe Kirche schweigt zu den Protesten

Während die junge Generation auf der Straße protestiert, schweigt die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SOK). Als einer der Wenigen hat Erzbischof und Metropolit Justin von Žiča am 28. Februar 2025 in einem gemeinsamen Brief mit fünf weiteren serbisch-orthodoxen Würdenträgern – allesamt aus dem Ausland, darunter auch der Metropolit von Deutschland, Grigorije (Durić) – das Anliegen der Studierenden und der Professorenschaft unterstützt. Der Brief kritisierte die Entwürdigung der Protestierenden durch vergiftete Sprache und machte deutlich, dass Studierende als „Zukunft des Landes“ und Träger kritischen Denkens zu verstehen seien.

Die jährliche Sitzung der Bischofsvollversammlung im Mai hat jedoch kein offizielles Statement zu den monatelangen Massenprotesten verabschiedet. In seiner Ansprache zum Beginn der Versammlung rief der serbische Patriarch Porfirije zwar zur Einheit auf, weil dies in den „turbulenten Zeiten“ sowohl in der Welt als auch in Serbien erforderlich sei. Mehr denn je müsse die Kirche zeigen, dass sie versammle und nicht spalte sowie keine Partei ergreife.

Ein Ostertreffen Patriarch Porfirijes mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin und den Patriarchen Kyrill von Moskau zeigte jedoch eine andere Haltung. Porfirije dankte Putin für die Unterstützung Serbiens und unterstrich die enge Bindung seiner Kirche an die „russische Welt“. Er legte nahe, dass die Proteste in Serbien als von außen gesteuerte Manipulation zu verstehen seien. Das im russischen Fernsehen ausgestrahlte Gespräch wurde in Serbien aufgegriffen und führte zur Empörung, stärkte aber auch nationalistisch-traditionelle Positionen.



Pfarrer Lutz Bauer mit protestierenden Studentinnen am 13. Mai im Gebäude der Technischen Fakultät der Universität Belgrad.



Blockaden an Universitäten

Das Gesicht der Proteste sind landesweit junge Studierende. Sie blockierten die Universitäten, sodass der Unterricht nicht mehr stattfinden konnte. Viele Lehrkräfte unterstützen sie und erhielten infolgedessen monatelang kein Gehalt. Ende Mai 2025 kam es an der Theologischen Fakultät Belgrads zu einem Streit um neue Prüfungstermine: Das Studierendenplenum lehnte diese ab, da keine faire Vorbereitung möglich gewesen war. Der Prodekan appellierte, es entspräche dem Wunsch der meisten Studierenden, das Studium abzuschließen. Das Plenum, bei dem Studierende gemeinsam über ihr Vorgehen entscheiden, wollte jedoch die Blockade aufrechterhalten, bis in Serbien Wahlen ausgeschrieben werden.

Inzwischen haben die meisten Fakultäten den Lehrbetrieb wieder aufgenommen – zumindest online. In den Gesprächen mit Studierenden, aber auch mit älteren Menschen ergibt sich ein gemischtes Bild. Einerseits bedauert man die Probleme mit Studienbetrieb und die Examensausfälle, andererseits freut man sich über die neue friedliche Demonstrations- und Demokratiekultur.

Einladung an alle Religionsgemeinschaften

Die Bewegung „Students in Blockade“ rief am 14. März 2025 in einem offenen Brief alle religiösen Gemeinschaften Serbiens auf, „ihre Mission zu erfüllen, beim Volk zu sein, die Jugend zu schützen und alles friedlich verlaufen zu lassen.“ Diese ökumenische Einladung ist sehr bemerkenswert.

Der römisch-katholische Kardinal Német würdigte daraufhin den Einsatz der Studierenden „für Gerechtigkeit und Fairness“ und bezeichnete ihn als „Zeichen der Hoffnung und des Glaubens an eine bessere Zukunft für Serbien“. Der protestantische Pastor Dušan Beredi, der leitende Pastor der Protestant Christian Fellowship in Novi Sad – wohl der größten evangelikalen Gemeinde Serbiens – hat sich auf die Forderung der Studierenden nach Gerechtigkeit und Frieden bezogen und beklagte den mehrfach belegten Einsatz von Schallkanonen gegen friedliche Demonstrierende.

Die beiden Partnerkirchen des GAW halten sich mit Äußerungen bezüglich der Proteste zurück. Jaroslav Javornik, Bischof der Slowakischen Evangelischen Kirche A.B. in Serbien, erläutert: „Aufgrund unserer historischen Erfahrungen und der besonderen Stellung als eine Minderheitskirche vermeiden wir öffentliche Kommentare zu politischen Themen. Diese Haltung ist kein Ausdruck der Gleichgültigkeit oder Teilnahmslosigkeit. Wir sind nur überzeugt, dass die Aufgabe der Kirche nicht darin besteht, auf jedes gesellschaftliche Ereignis unmittelbar zu reagieren. Wir sollen vielmehr eine langfristige Perspektive im Blick haben, die zu Frieden, Verständnis und spiritueller Stabilität führt.“ Bischof Javornik betont, dass das Verhältnis seiner Kirche zum Staat auf Respekt und einer korrekten Zusammenarbeit basiere, insbesondere in den Bereichen der Bildung, Kultur und

des Minderheitenschutzes: „Wir sind dankbar, dass unsere ethnische Minderheit in Serbien gesetzlich anerkannt ist und wir unseren Aktivitäten und Tätigkeiten frei nachgehen können.“

Die Reformierte Christliche Kirche in Serbien ließ die Anfrage des GAW-Magazins unbeantwortet. Als eine ungarischsprachige protestantische Kirche befindet auch sie sich in Serbien in einer zweifachen Diaspora.

Die eher zurückhaltende Rolle der meisten Kirchen ist angesichts ihrer Beziehungen mit dem serbischen Staat verständlich. Das gilt vor allem für die serbisch-orthodoxe „Staatskirche“. Für die Kirchen ethnischer Minderheiten scheint zu viel auf dem Spiel zu stehen, um die Machthabenden kritisch zu hinterfragen. Dennoch wäre es wünschenswert, wenn die Kirchen und andere religiöse Einrichtungen sich gemeinsam zu einem ökumenischen Statement bewegen könnten, der ihrem Auftrag als Friedensstifter entspricht.

Ziele der Protestbewegung

Die Studierenden suchen bewusst keinen Kontakt zu den bestehenden politischen Parteien mit der Begründung, dass diese durch und durch korrupt seien. Das gelte sowohl für die regierende SNS des Präsidenten Aleksandar Vučić als auch für oppositionelle Parteien. Diese Einschätzung durch die Protestbewegung ist brisant, auch angesichts dessen, dass die meisten Parteien Serbiens auf die eine oder andere Weise von den deutschen Parteistiftungen unterstützt werden, darunter die Regierungspartei SNS, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wird. Bei den erhofften vorgezogenen Parlamentswahlen will die Protestbewegung im ganzen Land mit unabhängigen Listen antreten.

Insgesamt haben sich vier Hauptziele der Protestbewegung herauskristallisiert: Erstens fordern die Protestierenden Neuwahlen unter fairen Bedingungen. Zweitens wird die Aufklärung von Korruption und Klientelismus verlangt, insbesondere durch eine unabhängige Untersuchung korrupter Netzwerke zwischen Politik, Justiz, Medien und wirtschaftlichen Eliten, wie sie auch im Fall des Bahnhofs von Novi Sad sichtbar wurden. Drittens stehen die Reform der Institutionen, die Wiederherstellung von Gewaltenteilung und die Entpolitisierung öffentlicher Medien im Fokus. Viertens setzt sich die Bewegung für die Stärkung der Zivilgesellschaft und für ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen ein, ebenso für einen moralischen und kulturellen Wandel hin zu Transparenz und Verantwortlichkeit.

Trotz der Wiederaufnahme des Studienbetriebs an den Universitäten gibt es weiterhin Blockaden im öffentlichen Raum. Nicht nur in Belgrad und in Novi Sad, sondern im ganzen Land werden immer wieder große Straßen blockiert. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob die bisherige Strategie der Regierung, die Proteste schlicht „auszusitzen“, am Ende vielleicht doch aufgeht.

Dr. Lutz Bauer ist von der EKD entsandter Ruhestandspfarrer in der Deutschen Evangelischen Kirchengemeinde Belgrad.